



Gabriele Schmidt
Mitglied des Bundestages

„Schmidts Berliner Brief“ 1/16

I. Das Wichtigste zuerst

1. Flüchtlingszahl spürbar reduzieren

Die brutalen Übergriffe und die Erkenntnisse, die sich mittlerweile aus den Ermittlungen ergeben, haben uns in dieser Woche im Bundestag intensiv beschäftigt. Die Regierungskoalition hat sich sehr schnell auf die rechtlichen Konsequenzen verständigt, die jetzt auch rasch in Gesetze umgesetzt werden müssen. Wir werden gemeinsam mit unserem Koalitionspartner gesetzliche Verschärfungen beschließen, mit denen erreicht werden soll, dass straffällige Ausländer und Migrantinnen leichter ausgewiesen werden können bzw. ihnen die Flüchtlingseigenschaft entzogen werden kann. Im Sexualstrafrecht soll darüber hinaus eine Schutzlücke geschlossen werden. Die Bundesregierung hat bereits im letzten Jahr ein Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, der den Straftatbestand der Vergewaltigung auf Opfer ausweitet, die sich subjektiv als schutzlos empfinden, oder wenn der Täter einen Überraschungsmoment ausnutzt. Auch Attacken wie in Köln würden davon erfasst werden. Neben einer Verschärfung der Gesetze ist die Durchsetzung geltenden Rechts genauso wichtig. Auch hier besteht Nachholbedarf.

Uns allen ist bewusst, dass die derzeitigen Flüchtlingszahlen zu hoch sind. Es ist das gemeinsame Ziel von CDU und CSU, dass die Zahl der zu uns kommenden Flüchtlinge spürbar reduziert wird. Die Bundeskanzlerin unternimmt alles, um hier zu einer europäischen Lösung zu kommen. Diese kann nur in gemeinsamer europäischer Solidarität und in enger Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern und Transitländern der Flüchtlingsbewegung

Liebe Leserinnen und Leser,

herzlich willkommen zur aktuellen und ersten Ausgabe im neuen Jahr 2016! Ich wünsche Ihnen Gesundheit, Glück und Gottes Segen im neuen Jahr!

Die Ereignisse in Köln und in anderen deutschen Städten, die ich aufs Schärfste verurteile, sind ein Warnsignal an die Politik. Wir müssen gegen jegliche Gewalt gegen Frauen vorgehen. Die massive sexuelle Gewalt gegen Frauen durch vor allem junge arabische und nordafrikanische Männer in der Silvesternacht ist widerwärtig und darf sich nicht wiederholen. Ich bin auch dafür, dass wir mutig genug sind, Tatsachen beim Namen zu nennen und uns nicht davor scheuen, die Wahrheit auszusprechen. Flüchtlinge, die Strafen verüben, müssen ausgewiesen werden. Wer Schutz sucht, ist dankbar und gibt sein Bestes, sich in unsere Gesellschaft zu integrieren. Wer Straftaten begeht, muss gehen.

Erschüttert hat mich der feige Anschlag auf deutsche Urlauber in Istanbul. In Schweigeminuten im Plenum und in unserer Fraktion haben wir der Opfer gedacht. Meine Gedanken sind bei den Angehörigen der Getöteten.

Das Bundesteilhabegesetz und andere sozial- und arbeitspolitischen Fragen waren Thema dieser Woche (S. 2-3). Die Reform der Eingliederungshilfe ist eine Herausforderung, die uns gelingen muss.

Tim Hackenberg aus Eningen absolviert ein einmonatiges Praktikum in meinem Berliner Büro. Mehr über den jungen Mann erfahren Sie auf Seite 4.

*Herzliche Grüße
Ihre*

funktionieren. Auch an einer Vereinbarung mit der Türkei wird gearbeitet. Für diesen Weg braucht Bundeskanzlerin Angela Merkel Zeit und vor allem unsere Unterstützung.

2. Bundesteilhabegesetz - Reform der Eingliederungshilfe

Im Rahmen einer Bund-Länder-Klausurtagung zur Behindertenpolitik gab Dr. Rolf Schmachtenberg, Abteilungsleiter der Abteilung für Belange behinderter Menschen im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, uns einen ersten Zwischenstand zur Weiterentwicklung des Teilhaberechts. Das Vorhaben Bundesteilhabegesetz nimmt Fahrt auf. Das wesentliche Ziel bleibt die Verbesserung der Selbstbestimmung und damit die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Konkret geht es u.a. um personenzentrierte Leistungserbringung, Stärkung der sozialen Teilhabe und Verbesserung der Teilhabe am Arbeitsleben. Es sollen deshalb u.a. Alternativen zu Werkstätten für behinderte Menschen durch z.B. Budget für Arbeit und weitere Verbesserungen bei der Förderung von Integrationsbetrieben geschaffen werden. Wie bereits mehrmals betont, setze ich mich für eine deutliche Anhebung der Vermögensgrenze ein. Das Gesetz soll noch in diesem Jahr verabschiedet und bis Januar 2020 schrittweise in Kraft treten.



In einem zweiten Teil berichteten Ländervertreter, darunter der Sprecher für Behindertenpolitik der CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg, Werner Raab MdL (s. Bild). Er kritisierte die von der grün-roten Landesregierung verschuldete Verschlechterung bei der Einhaltung der gesetzlichen Quote von fünf Prozent im öffentlichen Dienst. Seit der grün-roten Regierungsübernahme 2011 ist die Quote auf 5,17 Prozent gesunken.

Sozialpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Saarland, Hermann Scharf MdL, berichtete von einer **Patientenverfügung in leichter Sprache**, die das CDU-geführte Sozialministerium kürzlich herausgegeben hat, nachzulesen [hier](#).

3. SGB II-Leistungen und Sozialhilfe für EU-Bürger

Das Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern verleiht EU-Bürgern das Recht auf Einreise und Aufenthalt. Unter anderem Arbeitssuchende, Arbeitnehmer und Selbstständige sind freizügigkeitsberechtigt. Das Verbot jeglicher Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit führt dazu, dass EU-Arbeitnehmer in Deutschland die gleichen sozialen und steuerlichen Rechte wie inländische Arbeitnehmer haben. Vermehrt kommt es allerdings insbesondere bei pro forma Selbstständigen zum Missbrauch der Sozialleistungen. Scheinselbstständige EU-Bürger dürfen aus meiner Sicht weder Leistungen nach SGB II noch aufstockende Leistungen beziehen können. Auch Arbeitssuchende, die keinen einzigen Tag in Deutschland gearbeitet oder nur kurz gearbeitet haben und dann arbeitslos werden, sollen vom Sozialhilferecht und Hartz IV ausgenommen sein. Der Europäische Gerichtshof hat in seiner Entscheidung vom 15.09.2015 (*EuGH, Urteil v. 15.09.2015, Az.: C-*

67/14) bestätigt, dass Deutschland arbeitssuchenden EU-Ausländern Hartz-IV-Leistungen verweigern kann. Allerdings entschied das Bundessozialgericht im Dezember letzten Jahres (*Az: B 4 AS 44/15 R und B 4 AS 59/13 R*), dass EU-Bürger spätestens nach sechs Monaten Aufenthalt einen Anspruch auf Sozialleistungen haben, was die Kommunen vor enorme finanzielle Schwierigkeiten stellen würde und was ich entschieden ablehne. Vor diesem Hintergrund begrüße ich daher ausdrücklich den Vorstoß der Bundesarbeitsministerin, das Sozialrecht für EU-Ausländer zu verschärfen.

4. Gespräch mit Frank-Jürgen Weise

Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und Chef der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, stellte sich im Rahmen eines Treffens unseren Fragen. Insbesondere die Frage nach den Integrations- und Sprachkursen sowie Sicherstellung der Versorgung mit Sprachkursen auf dem Land war wichtig. Eine Residenzpflicht für anerkannte Flüchtlinge halte ich für richtig, weil es nur so die Planungssicherheit für die Landkreise und Kommunen geben kann. Bisher unterliegen ihr nur Flüchtlinge ohne Anerkennung. Aber auch diese erlischt nach drei Monaten. Gleichzeitig ist es jedoch wichtig, Angebote für die, die da sind, sicherzustellen. Der BAMF-Chef versicherte, dass es keine Engpässe gäbe. Rund 5000 zertifizierte Lehrkräfte seien noch im Jahr 2015 eingestellt worden. Die beiden wichtigsten Aufgaben seien die rasche Einführung der sogenannten AnkunftsCard (s. unten und auf meiner [Webseite](#)) und der Abbau des Rückstandes, der bei momentan 360.000 Altfällen liegen würde. Aber auch was die Schnelligkeit der Bearbeitung der Anträge angeht, mache das Amt Fortschritte. Im letzten Quartal des Jahres 2015 hätte sich die Zahl der beschiedenen Anträge im Vergleich zum davor liegenden nahezu verdoppelt. Die Verfahrensdauer würde bei drei Monaten liegen. Die 1000 vom Bund bewilligten Stellen wären ebenfalls fast vollständig besetzt worden.

II. Die Woche im Parlament (Auswahl)

Gesetz zur Verbesserung der Registrierung und des Datenaustausches zu aufenthalts- und asylrechtlichen Zwecken ("AnkunftsCard")

Mit dem Gesetz verbessern wir den Austausch der Daten von Asyl- und Schutzsuchenden sowie Personen, die unerlaubt nach Deutschland einreisen oder sich unerlaubt aufhalten, zwischen den beteiligten Stellen. So verhindern wir aufwändige Mehrfacherfassungen. Die aktuell sehr hohen Flüchtlingszahlen haben gezeigt, dass wir den Datenaustausch zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie Behörden wie Polizei oder Bundesagentur für Arbeit umfassend modernisieren müssen. Neben den bereits heute schon zu speichernden Grundpersonalien werden etwa auch Fingerabdrücke sowie Angaben zu Gesundheit und Bildung in einer zentralen Datenbank erfasst. Gleichzeitig sieht das Gesetz die Ausstattung der die Registrierung durchführenden Stellen mit einem Fingerabdruck-Schnell-Abgleichssystem vor, um eine Datenabfrage bei den Fingerabdruck-Datenbanken zu ermöglichen. Die Registrierung wird durch ein fälschungssicheres Dokument nachgewiesen, welches die Grundlage für den Bezug von Leistungen bildet und von einer zuständigen Stelle ausgestellt wird. Wir erreichen so eine dringend notwendige Verbesserung der Erfassung und des Austausches der Daten von Asylbewerbern, wodurch Mehrarbeit vermieden und Abläufe beschleunigt werden können.

III. Sonstiges

Tim Hackenberg aus Eningen unter Achalm macht Praktikum in Berlin



Mein Name ist Tim Hackenberg, geboren am 13.06.1995 in Stuttgart. Ich bin in meinem Heimatort Eningen unter Achalm zur Grundschule gegangen. Nach vielen Jahren auf einem Staatlichen Gymnasium beschloss ich schließlich eine Waldorfschule zu besuchen und habe dort im Mai 2015 die Fachhochschulreife absolviert.

Seit 2013 bin ich Mitglied der Jungen Union Reutlingen. Kommunalpolitik ist ein Thema, das mich sehr beschäftigt und für das ich mich in meinem Landkreis einsetzte. Durch eine Bildungsreise der Jungen Union im September 2015 wurde mein Interesse für den Bundestag und die Bundespolitik geweckt. So bewarb ich mich auf ein einmonatiges Praktikum bei der Abgeordneten Frau Gabriele Schmidt und absolviere dies nun seit dem 04.01.2016.

Der Alltag als Praktikant im Bundestag ist mehr als interessant und empfehlenswert. Es ist eine tolle Erfahrung, das parlamentarische Leben und den parlamentarischen Alltag hautnah mitzerleben. Ich durfte die Abgeordnete u.a. in die Sitzungen der Arbeitsgruppe und des Ausschusses für Arbeit und Soziales begleiten und mich damit mit für mich neuen Themengebieten befassen. Ich bin sehr dankbar dafür, diese einmalige Möglichkeit zu haben und freue mich auf weitere spannende Aufgaben und Veranstaltungen.

In den nächsten Monaten plane ich einen längeren Aufenthalt in Asien. Reisen ist eine meiner größten Leidenschaften. Fremde Kulturen kennen zu lernen, ist einen hohes Gut und so versuche ich diesem Hobby so oft wie möglich nachzukommen. Im September werde ich dann an der FH Holzminden mein Studium der Immobilienwirtschaft aufnehmen. Mein größter Traum wäre es, später einmal im Diplomatischen Dienst arbeiten zu können.

IV. Aktuelle Termine/Hinweise

1. Bürgersprechstunde



Ich lade alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zur nächsten Bürgersprechstunde **am Dienstag, dem 02. Februar, ab 16.00 Uhr, in die Hauptstr. 18, Waldshut-Tiengen, ein!**

Ich freue mich auf viele interessante Begegnungen und Gespräche! Hier finden Sie die nächsten Termine: [Bürgersprechstunde](#)

2. Meine Termine der nächsten Tage im Wahlkreis (Auswahl):

- | | |
|--------------------|--|
| 16. Januar: | <ul style="list-style-type: none">• Neujahrsempfang des CDU Kreisverbandes mit Landtagspräsident Wilfried Klenk, Gurtweil |
| 18. Januar: | <ul style="list-style-type: none">• Gespräch mit Norbert Sedlmair, Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Lörrach• Bürgerdialog mit Parl. Staatssekretär beim Bundesfinanzminister Dr. Michael Meister MdB, Bad Säckingen |
| 19. Januar: | <ul style="list-style-type: none">• „Mehrgenerationenhäuser“ – Gespräch mit Bürgermeister Thomas Schäuble und Ulla Hahn, Leiterin Familienzentrum Lauchringen |
| 21. Januar: | <ul style="list-style-type: none">• Bürgerdialog mit Parl. Staatssekretär bei Bundesverteidigungsministerin Dr. Ralf Brauksiepe, Albbruck• Hauptversammlung des CDU Ortsverbandes Küssaberg |